

POSTEINGANG

Zum Bericht „**Zusätzliches Kindergeld verfehlt Kinder**“, FTD vom 11. November

Die Kinder profitieren

Je mehr Geld ein Haushalt zur Verfügung hat, desto mehr profitieren auch dessen Bewohner. Da ist es egal, ob die Zahlung als Kindergeld, Einkommen, Rente, Arbeitslosengeld oder etwa Elterngeld bezeichnet wird. Letzteres kommt ja auch nicht nur den Eltern zugute, sondern ersetzt das vorherige Einkommen und kommt damit auch den Kindern zugute. Von Kindergeld allein können Kinder schließlich nicht existieren.

Christian Müller, Mörfelden-Walldorf

Familieneinkommen hilft allen

Man mag über die Kindergelderhöhung geteilter Meinung sein, doch inwiefern widerspricht die laut FTD-Umfrage beabsichtigte Verwendung des Geldes dem Wohl der Kinder? Kindergeld hat den Zweck, die Kosten der Kindererziehung zu vergesellschaften. Das ist auch richtig, da Kinder den Lebensstandard gegenüber Kinderlosen in materieller Hinsicht deutlich senken. Wenn Familien mit dem Kindergeld Urlaub, Kredittilgung oder Konsum finanzieren, dient das unmittelbar dem Wohl der Kinder. Denn es geht hierbei um das Familieneinkommen, nicht um konkrete Geldzuweisung an den Nachwuchs in Form von Taschengeld oder Kindergartenbeiträgen.

Berthold Grabe, Euskirchen

Zum Leitartikel „**Ungesundes Geschäftsmodell**“ über die Exportabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft, FTD vom 10. November

Hauptsache innovativ

Solange die Deutschen innovativ sind, wird das deutsche Exportmodell erfolgreich sein. Dieses Modell wurde schon mehrfach von Engländern und Amerikanern kritisiert und wenig erfolgreich kopiert. Insbesondere die US-Konsumenten sollten künftig ihre offenen Rechnungen, die sie in China, Japan und Europa haben, begleichen und nicht einfach Insolvenz anmelden. Diese Mentalität auf Pump ist abstoßend, und der Vorschlag, die Binnennachfrage durch Aktionen wie Abwrackprämie und großzügige Gewährung von Kurzarbeitergeld zu untermauern, ist wenig zielführend.

Manfred Lieb, Brig/Schweiz

Zur Kolumne „**Unverdauter Schock**“ von Thomas Fricke über die wirtschaftlichen Nachteile durch die Deutsche Einheit, FTD vom 6. November

Glücksfall der Geschichte

Ganz abgesehen vom Fehlen eines emotionalen Gefühls – die Wiedervereinigung ist der größte Glücksfall in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts – lässt der Artikel auch jeglichen Realitätssinn vermissen. Die vom Kolumnisten angestellten Zahlenspiele hätten sich nur durch eine erneute Absperrung der DDR von Westdeutschland – diesmal vonseiten des Westens praktiziert – realisieren lassen. Und zum Thema Wechselkurs: Hätten Sie wirklich gewollt, dass wir einen Teil des Volkes einschließlich vieler Angehöriger und Freunde jahrzehntelang zu Billiglöhnen für uns arbeiten lassen, damit wir im Westen weiterhin ungestört unseren von den Alliierten wohl behüteten Wohlstand genießen können?

Allein der Blick durch die wirtschaftliche Brille konnte damals nicht die Lösung sein. Zum Glück

waren die viel gescholtenen Politiker damals weitsichtiger und folgten nicht Propheten wie Oskar Lafontaine, der schon damals ähnliche Thesen auf Kosten der Deutschen Einheit vertrat.

Dr. Wolf-Rüdiger Janert, per E-Mail

Das wahre Einheitsdesaster

Der Kolumnist handelt keinesfalls unpatriotisch, wenn er auch in Zeiten patriotischer Hochgefühle das Augenmerk auf einige unangenehme Fakten lenkt und dazu lästige Fragen stellt. Der Vergleich zum Aufholprozess in den von ähnlichen planwirtschaftlichen Flurschäden betroffenen Volkswirtschaften Ost- und Mitteleuropas gibt nicht den Stoff für selbstgefällige Lobesänge auf Erfolge der deutschen Einheit.

Es ist schlichtweg nicht zu verleugnen: Die Einheit wurde wirtschaftlich vermasselt und bleibt bis heute eine unerledigte Baustelle. Entschuldigende Argumente von der mangelnden Alternative und Macht innerdeutscher Mobilität waren in der kurzen Frist bei mangelnder Wohnqualität und begrenzter Kapazität westdeutscher Turnhallen wenig stichhaltig. Die längerfristige demografische Entwicklung und Wanderströme seit der Einheit bezeugen dagegen nur das Scheitern des Projekts wirtschaftliche Einheit, so wie sie stattgefunden hat.

Viel zu kurz kommt in diesem Zusammenhang die Krise der westdeutschen Wirtschaft seit 1992. Populär ist die Mär von der Bürde der Vereinigungslast, welche die westdeutsche Wirtschaft in die Knie zwang. Schon der Größenvergleich zeigt, dass dies Unfug ist. Fakt ist: Die westdeutsche Wirtschaft wurde durch brachial kontraktive Makropolitik gegen die Wand gefahren. Die Bundesbank erhöhte die Zinsen auf zehn Prozent und erzwang den finanzpolitischen Kurswechsel zu bedingungsloser Sparpolitik, von der sich erst Angela Merkel heute, also nach ganzen 20 Jahren des Scheiterns, dem Anschein nach zu verabschieden versucht. Dabei erreichte die Konsumpreisinflation in Westdeutschland bereinigt um den Effekt steuerlicher Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auf dem Höhepunkt 1992 kaum drei Prozent. Und die Staatsfinanzen liefen erst völlig aus dem Ruder, nachdem man die westdeutsche Wirtschaft gegen die Wand gefahren hatte. Die Folgen sind nicht als Bürde der Wiedervereinigung an sich zu beklagen.

Wohl keine andere Zentralbank der Welt wäre so leichtfertig beziehungsweise grob fahrlässig mit einer ökonomischen Herausforderung wie der Vereinigung umgegangen. Die Kosten dieses Politikfehlers, der Destabilisierung Westdeutschlands, erwiesen sich als wahrhaft gigantisch – und sie waren anders als die planwirtschaftlichen Hypotheken Ostdeutschlands völlig unnötig. Es mag ein Tabubruch sein, diese traurige Wahrheit im Lande stabilitätsorientierter Weisheiten offen auszusprechen. Doch ist dies das eigentliche Einheitsdesaster, das Deutschland immer noch ausbadet.

Dr. Jörg Bibow, per E-Mail

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredaktionskollegiums: Steffen Klusmann

Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)

Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Alexander Mayerhöfer (Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

ArtDirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)

Geschäftsführende Redakteur: Isabelle Arnold

Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

Ulfednehmer: Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)

Politik: Andreas Theissen (Stv.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak (Stv.)

Finanzen: Tim Bartz (Stv.)

Geld: Marie-Luise Hoffmann (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.), Jochen Mörsch (Stv.)

Agenda: Christian Baulig (Ltg.), Horst von Buttlar (Stv.)

Online: Dr. Anton Notz (Ltg.)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann, Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG

Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg

Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid Haas

Verlagsleiter: Jan Honsel

Anzeigeleiter: Mario Suchert (verantw.)

Vertrieb: DPV Deutsche Pressevertrieb, Leitung: Randi Greve, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

ISSN 1615-4718

Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Nicole Wulff, Tel.: 040/37 03 34 01, E-Mail: wulff.nicole@picturepress.de

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Bezahlen hat Zukunft

Verlage können für ihre Inhalte im Internet durchaus Geld verlangen. Vorausgesetzt, sie verkaufen nicht Massenware, sondern hochwertige, objektiv recherchierte Informationen. Eine Replik **VON CHRISTOPH KEESE**

Schiefe Behauptungen werden nicht dadurch besser, dass sie griffig formuliert sind. In der FTD vom 4. November hat Redakteur Joachim Dreykluft eine bemerkenswerte These vertreten: Im Internet, schreibt er, werde niemals jemand Geld für Journalismus bezahlen. Schon auf bedrucktem Papier täten die Leute das nicht. Dreykluft: „Verleger und auch die allermeisten Journalisten sind fälschlicherweise davon überzeugt, dass ihre Leser tatsächlich für gedruckte Inhalte bezahlen.“ Preise von Zeitungen und Zeitschriften lägen höchstens so hoch wie die Kosten der technischen Bereitstellung.

Kann das stimmen? Die These ist schon deswegen falsch, weil viele Zeitungen und Zeitschriften auch ohne Werbung Geld verdienen würden. Ein Blick in die Geschäftsberichte der Verlage zeigt, dass viele von ihnen im Vertrieb mehr einnehmen, als sie für Herstellung und Versand ausgeben.

Auch kennen die Konsumenten die Herstellungskosten von Gütern meist nicht, sondern kaufen, wenn der Nutzen den Preis übersteigt. Es stört sie kaum, wenn ein Anzug das Fünffache von Material, Arbeit und Transport kostet. Nicht Stoff und Faden kauft man, sondern Eleganz und Wohlfinden. Für den Preis von Zeitungen und Zeitschriften geben Wissenszuwachs und Unterhaltung den Ausschlag, nicht die Kosten für Zellulose, Druckerschwärze oder Transport.

Wie wäre sonst zu erklären, dass Druckerzeugnisse gleicher Herstellungskosten zu höchst unterschiedlichen Preisen Käufer fin-

den? Wäre der Inhalt dem Leser kein Geld wert, würde er für anspruchsvollere oder speziellere Blätter keinen Aufschlag bezahlen. Er tut es aber. Im Internet wird das auf Dauer nicht anders sein.

Journalismus bietet einen wertvollen Vorteil, den Theoretiker wie der US-Autor Jeff Jarvis übersehen. In „Was würde Google tun?“ führt Jarvis einen Studenten als Kronzeugen an, der seine Zahlungswilligkeit mit dem Satz begründet: „Wenn eine Nachricht wichtig ist, wird sie mich finden.“ Das setzt die Existenz der Nachricht einfach voraus. Es verkennt, dass Ereignisse durch Recherche und Interpretation erst zur Nachricht werden und damit zum verkäuflichen Gut. Zur Nachricht gehört ihre Glaubwürdigkeit, sonst bleibt sie ein Gerücht. Glaubwürdigkeit ist ohne Objektivierung, wie Redaktionen sie leisten, nicht erreichbar. Gerade dafür bietet das persönlich geprägte Internet den Bedürfnishintergrund.

Problematisch am Netz ist nicht, dass es subjektive Sichten präsentiert. Problematisch ist, dass es jedes Thema hemmungslos subjektiviert. Dieser Ich-Kult ist so nahrhaft wie Zuckerrübe. Knapp dagegen ist der objektiv recherchierte Beitrag; das macht ihn wertvoll.

Warum aber gibt es so viel umsonst? Weil die Zahlungsströme im Internet wie in den Frühphasen von Radio, Kino, Fernsehen und Kabel derzeit nicht die wahren Wertschöpfungsbeiträge abbilden.

Jedes neue Massenmedium hat eine prekäre Phase durchlaufen

Das ist weder ungewöhnlich noch unabänderlich. In den 20er-Jahren wäre das Radio in den USA fast an ungeklärten Rechtfragen gescheitert. Hollywood sitzt an der Westküste, weil die Produzenten in den Gründerjahren vor dem kinofeindlichen Rechte regime der Ostküste flüchteten. Jedes neue Massenmedium hat eine prekäre Phase durchlaufen, sie jedoch durch das Aufbäumen der Kreativen überwunden. Auch im Internet wird es nicht dabei bleiben, dass DSL-Anbieter, Mobilfunk und Suchmaschinen an der Verbreitung von Journalismus verdrängen, während Journalisten und Verlage leer ausgehen.

Zweierlei ist zu tun: Ein wirksamerer Schutz des geistigen Eigentums gegen ungenehmigte gewerbliche Nutzung ist zu schaffen; das von der Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Verlage in Verbindung mit einer Verwertungsgesellschaft Presse/Online wird hierbei helfen. Und der Aufbau von breiten und tiefen Marktplätzen für Journalismus ist voranzutreiben; virtuelle Orte, an denen die Nutzer Beiträge leicht und bequem kaufen können.

Das heißt nicht, dass im Internet künftig alles Geld kosten soll. Vieles wird kostenlos bleiben, und jeder Rechteinhaber, auch der Blogger, kann selbst entscheiden, ob er Geld nehmen möchte oder nicht. Wichtig ist vor allem die Bequemlichkeit der Zahlung. Bei iTunes, Amazon oder im App Store

genügt ein einziger Klick. Komplizierter darf der Kauf von Artikeln, Fotos und Videos nicht sein. Vermutlich werden sich Suchmaschinen, Portale und Smartphones zu den Hauptumschlagplätzen für Journalismus entwickeln. Was sie brauchen, ist One-Click-Zahlung mit Rechtemanagement. Wenn neben dem Google-, Bing- oder Yahoo-Link ein Preis stehen kann, werden die Leute auch kaufen.

Den Redaktionen wäre damit die Möglichkeit gegeben, vor großem Publikum mit Preisen zu experimentieren, sie von einer Sekunde zur anderen zu verändern, Muster in den Reaktionen der Leser zu erkennen und ihre Angebote stückweise am Erproben auszurichten. Exklusivität und Aktualität dürften die entscheidende Rolle bei der Preisbildung spielen; Qualität, Kreativität und Schöpfungshöhe würden somit belohnt. Flatrates könnten entstehen; dafür könnten neben Verlagen auch DSL-Anbieter oder Mobilfunk Pakete schnüren, so wie Amazon die Preise seiner Postdienstleister per Mischkalkulation zu einer Porto-Flatrate von 29 € im Jahr zusammenfasst.

„Legt euch auf das Geschäft fest, in dem ihr tätig sein wollt: Druck, Logistik, soziale Netzwerke oder Aggregatoren“, rät Jeff Jarvis den Verlagen. Nur ein Feld nennt er bezeichnenderweise nicht: Anbieter vertrauenswürdiger Informationen. Dort liegt im Netz die Zukunft des Journalismus.

CHRISTOPH KEESE ist Konzerngeschäftsführer Public Affairs der Axel Springer AG. Von 2001 bis 2004 war er Chefredakteur der FTD.

Zurück ins Währungschaos

Nach der Finanzkrise droht nun eine neue Phase politischer Währungsstreitereien – ähnlich wie zwischen den beiden Weltkriegen. Dabei wäre genau das Gegenteil notwendig: Ein internationaler Konsens **VON HAROLD JAMES**

Das Währungschaos ist zurück – und damit auch die Forderung nach einer verbesserten internationalen Währungsordnung. Der rapide Wertverlust des Dollar und des Pfund, aber auch des Renminbi verstärken die Spannungen. Auch einige Schreckenspenster aus den 30er-Jahren sind wieder da – vor allem die Angst vor unfairen Handelsvorteilen durch Abwertungswettläufe. So hat US-Finanzminister Timothy Geithner China jüngst Währungsmanipulation vorgeworfen.

Es gibt zwei alternative und sehr gegensätzliche Ansätze, um die Währungen wieder ins Lot zu bringen. Einer ist, eine internationale Konferenz einzuberufen, bei der Experten Modelle zur Berechnung der Wechselkurse vorschlagen und Politiker Abkommen aushandeln können. Das einzige erfolgreiche Beispiel für eine derartige Übereinkunft ist die Konferenz von Bretton Woods 1944, doch selbst damals erwiesen sich die festgelegten Wechselkurse als unrealistisch.

Andere Währungskonferenzen waren große Reinfälle. Präsident Richard Nixon begrüßte das Smithsonian Agreement 1971 als „das bedeutsamste Währungsabkommen der Weltgeschichte“. Doch war es schon bald nur noch ein Scherbenhaufen, und die Welt ging zu freien Wechselkursen über. Bei der Louvre-Konferenz 1987 herrschte noch nicht einmal Einvernehmen darüber, was beschlossen worden war. Einige Teilnehmer dachten, sie hätten eine Art Teilfestschreibung der Wechselkurse in Form von Zielzonen festgelegt, aber die mächtige Bundesbank teilte diese Auslegung nicht.

Die Geschichte lässt den Schluss zu, dass kollektive Verhandlungen über Währungen und neue Vorgehensweisen bei den Reserven wahrscheinlich keinen Erfolg haben werden.

Vertrauen in den menschlichen Intellekt

Der zweite und bessere Ansatz besteht in jeweils länderspezifischen Abkommen darüber, was die geeignete Grundlage der Währungspolitik sein sollte. Wenn diese Abkommen allgemein akzeptiert werden und gegenseitig vereinbar sind, ist das Ergebnis ein stabiles internationales Währungssystem.

Für einen derartigen Konsens gibt es zwei Beispiele: Beim ersten – vor einem Jahrhundert – wurde das Vertrauen durch Gold untermauert; beim zweiten, während der Globalisierungswelle der jüngeren Vergangenheit, war es von der Fähigkeit des menschlichen Intellekts abhängig, politische Probleme zu lösen. Das Ende der Inflation und „die große Mäßigung“

der letzten drei Jahrzehnte waren eine wesentliche Voraussetzung für die Liberalisierung weiterer Teile der Welt sowie für mehr Vertrauen, Handel und Wohlstand. In diesem Zeitraum gab es bei der Suche nach einem Währungssystem zwei Phasen: Im ersten Versuch, ein Fundament für eine stabile Währungspolitik zu legen, lag der Schwerpunkt auf der Geldmengensteuerung. In der zweiten, erfolgreicher Phase führte eine zunehmende Anzahl von Ländern entweder explizite oder implizite Inflationsziele ein.

Doch war die Inflationssteuerung nie ein einleuchtendes Konzept, und die jüngste Finanzkrise hat sie in Misskredit gebracht. 2003 erklärte Ben Bernanke, damals einer der Gouverneure der US-Notenbank Federal Reserve (Fed), in einem Vortrag, dass viele Amerikaner die Inflationssteuerung für „fremd, undurchsichtig und möglicherweise leicht subversiv“ halten. Dieses Gefühl ist jetzt noch stärker geworden.

Die Frage, ob man Spekulationsblasen bekämpfen sollte, wird die Zentralbanken entzweien

Schon früher herrschte Ungewissheit darüber, in welchem Maße die Zentralbanken versuchen sollten, Vermögenspreisblasen zu korrigieren, wenn es keinen entsprechenden Anstieg des allgemeinen Inflationsniveaus gab. Steigende Vermögenspreise führen zu einer allgemeinen Steigerung der Kaufkraft, da viele Vermögensinhaber bereit (und in der Lage) sind, sich mehr Geld zu leihen. Viele Europäer haben in den letzten Jahren gefordert, bei der Währungspolitik auch die Vermögenspreisentwicklungen zu berücksichtigen, während amerikanische Politiker und Wissenschaftler diesen Ansatz größtenteils ablehnten.

Das Problem ist, dass Vermögenspreise und Verbraucherpreisinflation sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln können, wie dies nach 2000 der Fall war, und dass das Abwägen beider Faktoren zu unvereinbaren strategi-

schen Empfehlungen führen würde. Damit wäre die Glaubwürdigkeit, die mit einer einfachen Regel einhergeht, verschwunden.

Nach der Finanzkrise sind wir klüger geworden. Die Formulierung einer Währungspolitik ist ein komplexerer, aber auch ein stärker politisierter Prozess geworden – und deshalb wird er wahrscheinlich auch chaotischer. Die Fed und die Bank of England werden sich wohl weiterhin weniger um das Entstehen neuer Aktien- oder Rohstoffblasen kümmern. Die Europäische Zentralbank (EZB) dagegen wird sich mehr Sorgen machen.

Wer darf die Geldpolitik bestimmen?

Wenn die Unterschiede deutlich in Erscheinung treten, werden die Forderungen nach einer breiter angelegten politischen Debatte über die Währungspolitik lauter werden. Es wird eine öffentliche Diskussion darüber geben, wer die Geldpolitik bestimmen sollte: Warum sollte etwa der geldpolitische Ausschuss der Bank of England nicht gewählt werden, wo es sich doch praktisch um eine Währungsregierung handelt? In Kontinentaleuropa brodeln eine ähnliche Debatte über die politische Verantwortung der europäischen Zentralbanken sogar seit der Zeit vor sich hin, als es die EZB noch nicht gab. Politische Spannungen werden dazu führen, dass generell mehr Mitbestimmung gefordert wird.

Dieser Ablauf sieht wie eine dramatische Wiederholung der Ereignisse zwischen den beiden Weltkriegen aus, als es unmöglich war, einen Konsens über Strategie und währungspolitische Systeme zu erreichen. Auch damals wurde den Zentralbanken die Schuld gegeben, als ihr währungspolitisches System (damals der Goldstandard) zerbrach. Die Verstaatlichung der Zentralbanken wurde zu einem großen Thema der britischen und französischen Linken. Dies wiederum ebnete den Weg für eine Manipulation der Währungen im Sinne der Exporteure, Unternehmen und Gewerkschaften. Das Ergebnis war internationales Währungschaos – genau der Weg, den wir derzeit wieder eingeschlagen haben.



HAROLD JAMES ist Professor für Geschichte und internationale Angelegenheiten an der amerikanischen Princeton University in New Jersey und Marie-Curie-Professor am European University Institute in Florenz. www.project-syndicate.org